



Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Errichtung von Fonds zur Förderung des Städte- und Wohnungsbaus

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 6/1090 -

ERSTE BERATUNG

Vizepräsidentin Jung:

Aus den Reihen der Abgeordneten liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen – doch, der Abgeordnete Brandner.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf der Ramelow-Koalition kam sehr kurzfristig. Wir sind ja nun sehr viel Kummer mit Gesetzentwürfen aus dieser Ecke gewöhnt und sind da auch ein bisschen skeptisch, wenn so etwas holterdiepolter mit Tagesordnungsänderung und solchen Geschichten durchgeprügelt werden soll. Gleichwohl sehen wir das nicht ganz so dramatisch, wie die CDU das hier dargestellt hat. Da mag möglicherweise jetzt bei Ihnen gekränkte Eitelkeit wegen Ihres Glücksspielgesetzesdesasters gerade eine Rolle gespielt haben. Also, wir gehen das etwas nüchterner an.

Es macht natürlich Sinn, darüber nachzudenken, was mit nicht abgerufenen Bundesgeldern geschieht. Da ist der Gesetzentwurf eine gute Vorlage. Es muss allerdings sichergestellt sein, dass die Gelder nicht für Ramelow'sche Ideologie- oder Inschallah-Projekte verbraten werden. Darauf werden wir natürlich achten, dass genau das nicht passiert.

(Beifall AfD)

Das werden wir dann sowohl im Ausschuss, als auch hier bei der zweiten Lesung mit Änderungsanträgen entsprechend flankieren, dass das sichergestellt ist, dass sie das nicht auf den Kopf hauen für irgendwelche Gutmenschengeschichten. Also der Sache stimmen wir insoweit zu, dass sie in den Ausschuss überwiesen wird, und dann sehen wir in der zweiten Lesung weiter. Danke schön.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Nazisprache, Herr Brandner! Nazisprache!)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Gedümpel!)

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Frau Ministerin Keller, Sie haben das Wort.